



5 **PARTEIPROGRAMM**  
MAI 2014

10

15

20

25

	<b>FREIHEIT – GERECHTIGKEIT - SOLIDARITÄT .....</b>	<b>3</b>
	<b>BILDUNG .....</b>	<b>4</b>
	Volksschule .....	4
	Berufsbildung .....	5
5	Gymnasium .....	5
	Universität und Fachhochschule .....	6
	Politische Bildung .....	7
	Praktika .....	7
	<b>VERKEHR.....</b>	<b>9</b>
10	Öffentlicher Verkehr und Langsamverkehr.....	9
	Motorisierter Individualverkehr .....	9
	Verkehrsinfrastruktur .....	9
	<b>PERSÖNLICHE FREIHEIT UND GESELLSCHAFTLICHE VERANTWORTUNG.....</b>	<b>11</b>
	Familien und Geschlechterpolitik .....	11
15	Migration und Integration.....	11
	Öffentliche Räume + Jugendkultur .....	12
	Religionen .....	13
	Internet .....	13
	<b>WIRTSCHAFT UND FINANZEN.....</b>	<b>15</b>
20	<b>KANTONSENTWICKLUNG.....</b>	<b>16</b>
	Kantonsentwicklung .....	17
	Raumplanung .....	17
	Wohnraum.....	18
	Umwelt .....	18
25	<b>GESUNDHEIT.....</b>	<b>20</b>

30

35

40

45

# FREIHEIT – GERECHTIGKEIT - SOLIDARITÄT

*«...dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen.»*

- Präambel, Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft

5

Die Baselbieter Politik drehte sich in den letzten Jahren allzu sehr um Sparpakete. Mit schönredenden Worten wie „Entlastungspaket“ führte die rechtsbürgerliche Mehrheit eine Politik zur konsequenten Umsetzung, die unten nimmt und oben gibt: Kurzsichtige Steuersenkungen für Reiche und Unternehmen führten schlussendlich zu Ausgabenstreichungen, zum Beispiel bei der Unterstützung von schwächeren Schülerinnen und Schülern und der Altenpflege. **Die JUSO Baselland setzt sich für eine solidarische Gesellschaft ein**, in der junge und ältere Menschen, Reiche und Arme und Menschen finanziell nicht gegeneinander ausgespielt werden.

10

15

Wirtschaftliche Profite und Steigerungen der Produktivität kommen auch in diesem Kanton selten der gesamten Bevölkerung zugute. Wir sind überzeugt, dass die Wirtschaft den Menschen dient und nicht umgekehrt. Das Kapital muss konsequent von oben nach unten umverteilt werden, damit alle mehr vom gemeinsam erwirtschafteten Reichtum haben. **Die JUSO Baselland setzt sich für eine gerechte Gesellschaft ein**. Alle Menschen sollen die gleichen Chancen haben, am gesellschaftlichen Leben teil zu nehmen.

20

Das gesellschaftliche Klima gegenüber Menschen, die nicht dem Durchschnitt entsprechen, ist in den letzten Jahren rauer geworden. Öffentlich hetzen die Rechtsparteien gegen Personen ausländischer Herkunft, Musliminnen und Muslime sowie andere Minderheiten. **Die JUSO Baselland setzt sich für eine freie Gesellschaft ein**, in der alle Menschen einen Platz haben, unabhängig von Hautfarbe, sexuelle Orientierung, Nationalität und Geschlecht.

25

Die JUSO Baselland ist in den letzten Jahren zur engagiertesten Jungpartei im Kanton geworden. Wir setzen uns konsequent für mehr Beteiligung der jungen Generation in der Politik und in der Gesellschaft ein. Nachfolgend erläutern wir zu den wichtigsten Themenbereichen unsere Positionen.

30

35

40

*Im Mai 2014*

*Joël Bühler, Pascale Buser, Silvan Degen, Jonas Eggmann, Jan Fässler, Jan Kirchmayr, Adil Koller, Sven Lienhard, Mirko Lischer, Adrian Mangold, Samira Marti, Fabian Neuschäfer, Florian Schreier, Nikola Vulin, Franziska Wagner*

45

## BILDUNG

Es gehört zu den zentralen Aufgaben einer aufgeklärten, fortschrittlichen und demokratischen Gesellschaft, den Zugang zu Bildung und Ausbildung für alle Menschen zu garantieren. In der Schweiz und in unserem Kanton sind heute jedoch der sozioökonomische Hintergrund, Geschlecht und Migration für den Bildungsweg oft ausschlaggebender als die persönlichen Fähigkeiten und Neigungen. Wir müssen deshalb Massnahmen ergreifen, um die Segregation und Selektion in der Bildung aufzubrechen.

Diese Massnahmen müssen unbedingt auf der politischen Ebene angesiedelt werden. Unser Ziel als JUSO Schweiz und JUSO Baselland ist deshalb ein gesamtschweizerisches Bildungssystem, das allen die Möglichkeit gibt, seinen oder ihren Interessen und Fähigkeiten nachzugehen und niemanden aufgrund von sozialem und wirtschaftlichem Hintergrund, Geschlecht, Migration oder der vorgängigen Bildung ausschliesst oder in bestimmte Bildungswege drängt. Das kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftssystem profitiert von der herrschenden Chancenungleichheit. Unser Kampf für ein fortschrittliches Bildungssystem ist also ein Kampf für eine andere Wirtschaft.

Unser Ziel sind selbstbewusste und selbstbestimmte Menschen als Grundlage für eine funktionierende Demokratie. Befähigte Menschen können ihr Leben je nach Fähigkeiten und Interessen selbst gestalten. (Aus)gebildete Menschen sollen nicht nur Produktivkräfte für den Arbeitsmarkt sein, wie dies der Leistungsgedanke heute fordert. Vor allem brauchen wir keine gleichgeschalteten, unkritischen Menschen, die einfach ihre «Pflicht» erfüllen. Diese Tendenz ist neben der schwindenden inhaltlichen Qualität eine der grössten Gefahren einer Ökonomisierung der Bildung.

### **Volksschule**

Der Kindergarten und die Zeit in der Primar- und Sekundarschule sind für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen sehr wichtig. Die meisten Baselbieter Gemeinden verfügen über ein eigenes Schulhaus mit einem Kindergarten. In den grösseren Gemeinden haben die Quartierschulhäuser einen hohen Stellenwert. Seit der Annahme des Sonderpädagogikkonkordats im Kanton Baselland werden auf der Primarstufe und im Kindergarten vermehrt schulisch und geistig schwächere Kinder in Regelklassen integriert.

Es ist wichtig, dass die für alle frei zugängliche öffentliche Schule weiterhin die beste Bildung anbieten kann. Dafür muss genügend Geld zur Verfügung stehen. Die Bildung ist unser höchstes gesellschaftliches Gut – hier darf nicht gespart werden. Jegliche Angriffe auf die Bildung im Zug von Sparmassnahmen müssen unbedingt verhindert werden.

Zudem unterstützt die JUSO Baselland Unterrichts- und Schulformen, die Kinder in Regelklassen integrieren. Die Volksschule spielt bei der Entwicklung des Sozialverhaltens und des Gesellschaftsverständnisses der Kinder eine grosse Rolle. Integration im Schulalltag führt zu einer höheren Akzeptanz und sensibilisiert das Bewusstsein für die vielfältige Gesellschaft.

Für diese grossen Herausforderungen müssen den Verantwortlichen unbedingt genügend finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Um Beruf und Familie zu vereinen und die moderne Arbeitsteilung von Mann und Frau zu ermöglichen, unterstützt die JUSO Baselland das Modell der Ganztageschulen mit Blockzeiten, Mittagstischen und Kindertagesstätten.

Unsere Forderungen

- Schaffung und Erhaltung eines qualitativ hochstehenden und umfassenden

## Bildungswesens

- Ausrichtung der Angebotsstrukturen auf die arbeitende Bevölkerung
- Erhaltung des höchsten Bildungsstandards auf staatlicher Ebene

### 5 Konkrete Massnahmen:

- Förderung und Schaffung von Ganztageschulen, Blockzeiten, Mittagstischen und Kitas
- Schaffung von kleineren Klassen zur besseren Betreuung
- Erhaltung von Primarschulhäusern und Kindergärten in den Oberbaselbieter Gemeinden
- Erhaltung von Quartierschulhäusern in grösseren Gemeinden

### 10 - Aufhebung der Segregation und Selektion in der Bildung

- Ausreichende Finanzierung und Infrastruktur zur Umsetzung des Lehrplan 21 und des HarmoS Konkordats
- Vollständige Finanzierung von Schullagern, Reisen und Exkursionen durch Kanton und Gemeinde

15

## **Berufsbildung**

Die Berufsbildung hat heute einen schweren Stand gegenüber dem gymnasialen Bildungsweg. Der finanzielle und gesellschaftliche Druck wird immer grösser und wertet unser duales Bildungssystem ab. Wir wollen diesen Tendenzen entgegenwirken. Der Schutz vor Missbrauch und die Infrastruktur für eine vollumfassende Ausbildung müssen gewährleistet sein. Lehrbetriebe sollen deswegen konsequent und regelmässig von einem neutralen Organ kontrolliert werden.

20

Die Berufsbildung ist nicht nur die Ausbildung zu einem spezifischen Beruf, sondern soll eine solide, umfassende Bildung beinhalten. Im Schulfach ABU (allgemeinbildender Unterricht) muss der Schwerpunkt auf die politische Bildung gelegt werden. Lernende arbeiten gerade im letzten Lehrjahr oft vollwertig, weshalb zu diesem Zeitpunkt die Hälfte des branchenüblichen Mindestlohns zu zahlen ist. Zudem ist eine Vereinheitlichung und branchenübergreifende Erhöhung der Löhne anzustreben.

25

Der Zugang zu Gewerkschaften für die Lernenden muss vereinfacht werden. Deshalb sollten diese einen flächendeckenden Zugang zu den Berufsschulen und ein Mitgestaltungsrecht in der Berufsbildung gewährt werden.

30

### Unsere Forderungen:

- Kontrolle und Förderung von Lehrbetrieben
- Brancheninterne Vereinheitlichung der Lernendenlöhne
- Zugang an Berufsschulen für Gewerkschaften
- Stärkung der politischen Bildung an den Berufsschulen

35

### 40 Konkrete Massnahmen:

- Vereinheitlichung und Erhöhung der Lernendenlöhne, im letzten Lehrjahr die Hälfte des branchenüblichen Mindestlohnes
- Förderung von Lehrbetrieben durch ein Bonus/Malus-System
- Vollständige Ausnutzung der Kontrollorgane für Lehrbetriebe
- Einführung eines Multichecks zu Prüfung der Teamfähigkeit und des Sozialverhaltens

45

## **Gymnasium**

Die gymnasiale Bildung ist nicht nur Vorbereitung zum Studium an einer Hochschule. Hier muss ein umfassendes Bildungsangebot vermittelt werden. Gesellschaftlich relevante Fächer

wie politische Bildung müssen gestärkt respektive wo nicht vorhanden eingeführt werden.

Die Möglichkeit, sich zu organisieren, muss den Schülerschaft jeder Zeit offenstehen. Jegliche Einflussnahme durch die Schulleitung ist nicht zu tolerieren. Zudem sollen den Organisationen bedingungslos finanzielle Mittel für die Durchführung ihrer Ideen zur Verfügung gestellt und in schulhausinternen Kommissionen Einsitz Mitspracherechte gegeben werden.

Das Mitspracherecht der Schülerschaft soll sich jedoch nicht nur auf Kommissionen beschränken, sondern auch in unterrichtsinternen Entscheiden gestärkt werden, so zum Beispiel bei der Themensetzung und Organisation von Projektwochen.

Der Schulbesuch muss für alle vollkommen kostenlos sein. Sämtliche anfallenden Gebühren inklusive Schulbücher und Kopiergebühren müssen vom Kanton getragen werden.

Unsere Forderungen:

- Kostenlose gymnasiale Bildung

- Stärkung von gesellschaftlich relevanten Fächern

- Stärkere Einbindung der Schülerschaft bei schulhaus- oder klasseninternen Entscheiden

Konkrete Massnahmen:

- Einführung des Schulfachs Politik

- Vollständige Übernahme der Kosten für die gymnasiale Bildung durch den Kanton

- Stärkung des Einflusses der Schülerinnen- und Schülerorganisationen

### **Universität und Fachhochschule**

In der Region Nordwestschweiz braucht es neben der FHNW eine Volluniversität, also eine, welche die meisten Bereiche der Wissenschaft abdeckt. Die beiden Basel müssen die Universität ohne ständige Spargedanken tragen. Denn neben einer hohen Qualität in Forschung und Lehre gehören zu einer guten Universität auch eine angemessene Betreuung der Studierenden sowie die Bereitstellung von Infrastruktur (Raumangebot).

Bildung ist ein zentrales Gut und muss deshalb frei zugänglich sein. Das bedeutet, dass einerseits Zugangsbeschränkungen wie der Numerus clausus in Medizin sowie der Specialised Master abgeschafft und andererseits die Studiengebühren aufgehoben werden. Im Wissen darum, dass die Stipendien sehr unterschiedlich verteilt werden und viele leer ausgehen, sind Gebühren eine grosse bildungspolitische Hürde. Interessierte, die gerne studieren möchten, dürfen nicht durch Studiengebühren oder andere Zugangsbeschränkungen davon abgehalten oder darin eingeschränkt werden. Zudem dürfen Kosten nicht einfach via Materialgebühren auf die Studierenden abgeschoben werden.

Sponsoringverträge können die Unabhängigkeit und Forschungsfreiheit der Universität gefährden. Deshalb sind solche Partnerschaften nur dann einzugehen, wenn dadurch keine Interessenskonflikte entstehen und die Verträge öffentlich einsehbar sind.

Unsere Forderungen:

- Erhaltung und Ausbau der Universität und Fachhochschule

- Erhaltung der Unabhängigkeit insbesondere der Universität

- Abschaffung der Studien- und Materialgebühren

- Mehr Mitspracherecht für Studenten

Konkrete Massnahmen:

- Abschaffung des Numerus Clausus und Specialised Master

- Beseitigung der Engpässe bei Betreuung und Raumangebot

- Schaffung von neuer Infrastruktur und mehr Stellen in der Lehre
- Vollständige Offenlegung von Drittmitteln an der Universität
- Sponsoringverträge müssen integral und ungeschwärzt öffentlich einsehbar sein

## 5 **Politische Bildung**

In unserer modernen und globalisierten Gesellschaft sind politische Themen und Zusammenhänge in den letzten Jahren komplexer und komplizierter geworden. Insbesondere für junge Menschen ist es oft schwierig, politische Prozesse wirklich zu verstehen. Dies wirkt sich dramatisch auf die Stimmbeteiligung aus und erklärt, warum vorwiegend junge Erwachsene nicht an die Urne gehen. Beim Demokratie-Rating 2011 landete die Schweiz auf Rang 14, hinter Staaten wie Dänemark, Schweden, Kanada, Deutschland oder sogar den USA. Einer der Gründe ist die tiefe Stimmbeteiligung. Die Entscheidungen bei Wahlen und Abstimmungen müssen nicht unbedingt die Bedürfnisse der Gesamtbevölkerung wiedergeben, sie sind vielmehr die Wünsche der Wohlhabenden, Älteren, Gebildeten und überproportional vielen Männer.

Die JUSO BL fordert sofortige Massnahmen, um die politische Bildung der Bevölkerung zu fördern und die Stimmbeteiligung im Kanton Baselland zu erhöhen. Insbesondere die Sensibilisierung der Jungen liegt der JUSO BL am Herzen, denn es ist ihre Zukunft, über die tagtäglich entschieden wird. Eine gute politische Bildung ist ein Schritt zur gelebten direkten Demokratie und Voraussetzung für das Funktionieren unseres öffentlichen Zusammenlebens.

Unsere Forderungen:

- Mehr politische Bildung
- Mehr Mitsprache für Jugendliche

Konkrete Massnahmen:

- Schaffung des Schulfachs "Staatskunde und Politik" auf der Sekundarstufe 1+2 inkl. Berufsschulen
- Einführung des Stimmrechtsalters 16
- Projektartige Sensibilisierung auf aktuelle Themen
- Einführung von E-Voting
- Kantonsweite Einführung von Abstimmungsbroschüren für Junge wie easyvote oder Vimentis

## **Praktika**

Im dualen Bildungssystem der Schweiz entschliessen sich viele junge Menschen für eine weiterführende Schule statt einer Berufslehre. Für die praktische Berufserfahrung sorgen dann Praktika. Diese sind in der Regel deutlich niedriger bezahlt als reguläre Stellen, da die Praktikantinnen und Praktikanten betreut und ausgebildet werden müssen. Für Praktika bei Bund und Kantonen gibt es Entlohnungsvorschriften. Für Praktika bei privaten Unternehmen fehlen solche Richtlinien. Dies führt dazu, dass eine beliebige Arbeitsstelle als Praktikum angeboten wird, wodurch sich die Personalkosten verringern. Für die Praktikantinnen und Praktikanten hat dies fatale Folgen: Sie erledigen reguläre Arbeiten für ein Unternehmen, verdienen aber weniger. Ein Praktikumsbeschrieb und Lernziele sind nicht zwingend vorhanden. Eine Festanstellung nach dem Praktikum ist nicht garantiert.

Unsere Forderungen:

- Bessere Arbeitsbedingungen und Löhne für Praktika

Konkrete Massnahmen:

- Erlass von kantonalen Vorschriften über Form, Dauer und branchenübliche Entlohnung von Praktika

- 5
- Schaffung einer Zulassungsbehörde für Praktikumsbetriebe
  - Verbot von Umwandlungen regulärer Stellen in Praktika
  - Schaffung einer Beschwerdestelle für Praktikantinnen und Praktikanten

10

15

20

25

30



## VERKEHR

Im Kanton Baselland, vor allem im Bereich der Agglomeration der Stadt Basel, nimmt der Verkehr aufgrund gestiegener Mobilität und Bevölkerungswachstum ständig zu. Die Politik im Kanton sorgt zwar für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, dieser ist jedoch zu stark auf den Ausbau des motorisierten Individualverkehrs ausgerichtet. Der Bau von immer mehr und immer schnelleren Strassen mag zwar verlockend sein, schafft aber erfahrungsgemäss mehr Probleme als er löst. Währenddessen kämpfen die Pendlerinnen und Pendler im Öffentlichen Verkehr weiterhin mit überfüllten Bussen und Zügen.

Um dem Bedürfnis nach mehr Mobilität für alle statt für wenige nachzukommen, gibt es nur einen Weg. Der öffentliche und somit allen zugängliche Verkehr muss ausgebaut werden, da dieser die effizientere und kostengünstigere Alternative darstellt. Für Kurzstrecken muss das Velo wieder an Attraktivität gewinnen, indem sämtliche Gemeinde- und Kantonsstrassen zumindest mit Velostreifen versehen werden.

### **Öffentlicher Verkehr und Langsamverkehr**

Unsere Forderungen:

- Fokussierung auf den Punkte Effizienz und Umweltfreundlichkeit überlegenen Öffentlichen Verkehr

- Förderung des Velo- und Fussgängerverkehrs innerhalb der Gemeinden

- Schaffung von bedarfsgerechten öV-Angeboten unter der Woche in der Nacht

- optimierte Zusammenarbeit mit Deutschland und Frankreich zur Erleichterung der Mobilität über die Grenze- Subvention der Mobilität von einkommensschwachen Leuten

Konkrete Massnahmen:

- Takterhöhung auf den Viertelstundentakt auf sämtlichen S-Bahnlinien des TNW

- Erhaltung der guten Direktverbindungen von Basel in die grösseren Schweizer Städte sowie nach Europa

- Schaffen von ÖV-Verbindungen zwischen Agglomeration und Stadt bis 1 Uhr morgens

- Einführung von Subventionen, um die Attraktivität des ÖV für ärmere Leute zu steigern

- Integration der Grenznahen Agglomeration in den TNW

- Erhaltung wenig frequentierter Buslinien - Bau von Velostreifen auf allen Gemeinde- und Kantonsstrassen

- Förderung von E-Bikes durch finanzielle Anreize

- Fusion von BLT und BVB zu einem starken ÖV-Anbieter in der Agglomeration Basel

### **Motorisierter Individualverkehr**

Unsere Forderungen:

- Förderung des Autofreien Wohnens

Konkrete Massnahmen:

- Abschaffung von Pflichtparkplätzen beim Bau von Wohneinheiten

- finanzielle Anreize zum Autofreien Wohnen

### **Verkehrsinfrastruktur**

Unsere Forderungen:

- kein Ausbau der Strasseninfrastruktur

- bessere Anbindung entlegener Gemeinden mit dem ÖV

- Verbesserung der Anbindung zwischen dem Öffentlichen Verkehr und dem Velo- und Fussgängerverkehr

#### Konkrete Massnahmen

- 5 - Verzicht auf den Bau neuer Strassen, im Besonderen der Südumfahrung
- Einführung von flächendeckenden Tempo 30 Zonen innerhalb der Gemeinden
- Schaffung von Tempo 20 Zonen (Begegnungszonen) in den Ortszentren
- Angebot von Videoüberwachten Veloständern an Bahnhöfen und Tramhaltestellen
- Verlängerung des Tramnetzes der BVB und BLT ins nahe Ausland, besonders nach
- 10 Frankreich
- Doppelspurausbau der Linie Aesch-Laufen-Delsberg
- Behebung des Nadelöhrs zwischen Liestal und Olten
- Bau des Wiesenbergtunnels
- Bau einer Bahnlinie durchs Leimental von Münchenstein via Reinach, Therwil, Oberwil,
- 15 Bottmingen und Binningen zum Bahnhof SBB

20

25

30

35

# PERSÖNLICHE FREIHEIT UND GESELLSCHAFTLICHE VERANTWORTUNG

## Familien und Geschlechterpolitik

5 Das bürgerliche Idealbild der Familie mit den festgelegten Rollen für den Mann als Ernährer und die Frau als fürsorgliche Hausfrau und Gebäerin ist veraltet und diskriminierend. Doch noch immer verdienen viele Frauen bei gleicher Arbeit weniger als Männer. Noch immer sind Frauen in den Kaderpositionen in Unternehmen und Verwaltung in der Unterzahl. Noch immer ist der alltägliche Sexismus verbreitet. In der Schweiz stellte die 68er-Bewegung

10 dieses patriarchische Weltbild erstmals öffentlichkeitswirksam in Frage und war entscheidend an der sexuellen Revolution beteiligt. Der damals begonnene Kampf für die Gleichstellung der Geschlechter muss weitergeführt werden.

Wir setzen uns für die Gleichberechtigung aller Geschlechter und die freie Ausübung der Sexualität ein. Niemand darf aufgrund seines Geschlechts oder seiner sexuellen Ausrichtung

15 diskriminiert werden und alle sollen ihr Familienmodell ohne moralische Vorgaben oder Einschränkungen des Staates frei wählen können. Der Staat muss sich jedoch im Sinne der Gleichberechtigung und zur Förderung der Integration der Frauen in allen Positionen der Arbeitswelt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Wichtig ist die Erkenntnis, dass im Kapitalismus die Unterdrückung der Frau systembedingt ist. Für die JUSO Baselland

20 gilt deshalb: Keine Befreiung der Frau ohne Sozialismus - kein Sozialismus ohne die Befreiung der Frau. Dies insbesondere durch die Sicherstellung, dass Kinder kein Armutrisiko sind, durch die Bereitstellung von Kitas, der Einführung von Geschlechterquoten in der Verwaltung und in den Strategie- und Aufsichtsorganen von Unternehmen.

25 Unsere Forderungen:

- Schaffung von wirklicher Gleichberechtigung aller Geschlechter
- Abschaffung sämtlicher Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht oder sexueller Ausrichtung

30 Konkrete Massnahmen:

- Schaffung von kostenfreien Kindertagesstätten im Kanton Baselland
- Erhöhung der Kinderzulagen
- Schaffung eines gesetzlichen Vaterschaftsurlaubs
- 35 - Förderung von Teilzeitstellen
- Legalisierung von Heirat und Adoptionen durch gleichgeschlechtliche Paare
- Einführung von Geschlechterquoten in Strategie- und Aufsichtsorganen aller Unternehmen – insbesondere staatsnahen Betrieben – und in der kantonalen Verwaltung

## 40 Migration und Integration

Die Schweiz hat sich in den letzten Jahren unter Führung der Rechtsparteien in der Migrations- und Asylpolitik weg von einem integrativen hin zu einem restriktiven Ansatz bewegt. Der öffentliche Diskurs über Menschen mit Migrationshintergrund, Asylsuchende und Sans-Papiers ist geprägt von Misstrauen und Ablehnung. Die reiche Schweiz spricht

45 sich für Kontingente an Flüchtlingen aus, beschränkt die Möglichkeiten für Asylsuchende und versucht, das Thema Migration mit rassistischen Rayonverboten, abgelegenen Bundeszentren und bewusster Begrenzung der Mobilität der Asylsuchenden möglichst von Schweizerinnen und Schweizern fern zu halten. Sans-Papiers werden präkarisiert und in die

Illegalität abgedrängt. Dabei geht vergessen, dass Migration ein Menschenrecht ist und untrennbar mit unserer modernen Zivilisation zusammenhängt. Migrantinnen und Migranten tragen ausserdem massgeblich zu unserem Wohlstand und unserer kulturellen Vielfalt bei.

5 Alle Menschen sind frei und gleich an Rechten und Würde geboren. Diesem Umstand zollen wir als JUSO Respekt. Wir stellen uns deshalb klar gegen weitere Verschärfungen im Asylwesen und der Zuwanderungspolitik. Wir verurteilen die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder ihres Aufenthaltsstatus. Die JUSO steht dafür ein, dass das Völkerrecht und die Menschenrechte in allen Entscheidungen Vorrang hat.

10 Unsere Forderungen

- Vorrang des Völkerrechts und der Menschenrechte in allen politischen Entscheidungen
- Einführung eines Verfassungsgerichts
- Verzicht auf restriktive Zuwanderungs- und Asylpolitik
- Integration statt Restriktion

15

Konkrete Massnahmen:

- Verlegung von Asylunterkünften und Durchgangszentren in die Gemeinden
- Förderung des Austauschs zwischen Asylbewerbern und Bevölkerung, um deren Akzeptanz zu erhöhen
- 20 - Schaffung von kostenlosem Zugang zu Bildung für Menschen mit Migrationshintergrund und Sans-Papiers
- Errichtung einer Anlaufstelle für Menschen mit Migrationshintergrund und Sans-Papiers im Kanton Baselland
- Erleichterung des Zugangs zu Freizeitaktivitäten, ÖV und kulturellen Angeboten für
- 25 Nothilfebezüglerinnen und –bezügler
- Einführung des Stimmrechts für Niedergelassene

### **Öffentliche Räume + Jugendkultur**

30 Physische und psychische Freiräume sind für das Funktionieren unserer Gesellschaft unverzichtbar. In einer Welt, in der die Akzeptanz und die Solidarität mit anderen Kulturen und Gruppierungen stetig abnehmen, muss bewusst Raum für Minderheiten geschaffen und freigehalten werden. Gerade die Jugend braucht unbedingt Platz, um sich zu bewegen, sich selbstständig zu organisieren und bedingungslos zu gestalten.

35 Für die jungen Menschen unseres Kantons gibt es in diversen Gemeinden Jugendtreffpunkte und Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter. Im öffentlichen Raum werden jedoch immer mehr Nutzungsregeln erlassen und die Freizeitaktivitäten werden von der selbst organisierten Freizeit hin zu strukturierten und kontrollierten Aktivitäten verlagert. Solche Massnahmen schränken die Freiheit ein und kriminalisieren die Jugend als Teil unserer Gesellschaft.

40 Eigenständige Projekte von jungen Menschen scheitern zudem oft nicht nur am fehlendem Raum, sondern ebenfalls an den fehlenden finanziellen Ressourcen. Der Kanton Baselland hat zwar ein „Kulturleitbild“ erarbeitet, Subventionen werden jedoch nur an professionelle Kunst- und Kulturschaffende gegeben. Es existiert kein kantonaler Pool, mit dem Projekte von nicht professionellen Jugendlichen finanziert werden.

45

Unsere Forderungen:

- Öffentlicher Raum für alle
- Förderung der Jugendkultur

Konkrete Massnahmen:

- Verhindern von neuen Nutzungsbeschränkungen im öffentlichen Raum
- Bereitstellung von Jugendhäusern und Jugendarbeit in allen Gemeinden
- 5 - Schaffen von einfacheren Verfahren zur Bewilligung von nichtkommerziellen Freizeitaktivitäten
- Erhalt und Ausbau der Jugendarbeit
- Bedingungslose Freiräume ohne jegliche autoritäre Institutionen
- Projektbezogene Subventionen für jugendliche, nicht-professionelle Kulturschaffende

10

### **Religionen**

Im Kanton Baselland gibt es drei anerkannte Landeskirchen. Die christkatholische, die römisch-katholische und die evangelisch-reformierte Kirche. Diese Kirchen geniessen weitreichende Privilegien, sie haben beispielsweise das Recht, ihre Mitglieder zu besteuern.

15

In der Schweiz und im Kanton Baselland herrscht die durch die Menschenrechte garantierte Religionsfreiheit und dies soll auch so bleiben. Dies bedeutet aber nicht nur, dass alle Religionen, egal ob sie seit langer Zeit hier vertreten sind oder erst neu hinzugekommen sind, frei ausgelebt werden dürfen, sofern dabei die Schweizer Verfassung und Gesetze anerkannt und eingehalten werden, sondern auch, dass der Kanton keine Religion bevorzugt behandeln darf, da er alle Mitbürgerinnen und Mitbürger vertritt und nicht nur die christlichen und jüdischen Glaubens.

20

Religion ist Privatsache. Der Kanton Baselland muss deshalb neutral sein und Religionen generell dem Privatrecht unterstellt sein. Religiöse Symbolik durch staatliche Organe, insbesondere an Schulen, muss vermieden werden. Es braucht hier auch einen Paradigmenwechsel. Einer Religion anzugehören soll nicht der Normalzustand sein. Es darf zum Beispiel den Schülerinnen und Schülern nicht vermittelt werden, dass alle Menschen einer Religion angehören. Der Naturzustand ist die Konfessionslosigkeit.

25

Unsere Forderungen:

30

- Totalrevision des kantonalen Kirchengesetzes von 1950
- Abschaffung des Status einer Landeskirche und Unterstellung sämtlicher Kirchen unter Privatrecht
- Erlangung der vollständigen Unabhängigkeit des Kantons von Kirchen

35

Konkrete Massnahmen:

- Ersetzen des obligatorischen Religionsunterrichts durch Ethikunterricht
- Beenden der finanziellen Unterstützung von Kirchen durch den Kanton
- Abschaffung der Kirchensteuern insbesondere für juristische Personen
- Einführung einer Deklarationspflicht für durch Kirchen unterstützte Projekte
- 40 - Streichung des Wortes Gott aus der Präambel der kantonalen Verfassung
- Spezielle Bewilligungspflicht für religiöse Gebäude, um deren Vereinbarkeit mit dem Ortsbild zu prüfen
- Verbot von religiösen Symbolen an und in öffentlichen Gebäuden, insbesondere Schulen

45

### **Internet**

Das Internet hat unsere Art zu kommunizieren verändert und massiv beschleunigt. Unsere Generation ist mit den Möglichkeiten des Internets aufgewachsen und wir können uns nicht vorstellen, die gewonnenen Freiheiten kampfflos wieder aufzugeben.

Doch die Zensur greift um sich. Längst sind es nicht mehr nur Diktatorenstaaten, die den

Informationsfluss kontrollieren und gewisse Inhalte komplett ausblenden wollen.

Auch versuchen profitstrebende Internetanbieter Datenvolumen an Bedingungen zu knüpfen. Das Internet jedoch sollte ein öffentliches Gut sein. Der erste Schritt muss die gesellschaftlich verordnete Netzneutralität sein. Das heisst, alle Datenpakete müssen diskriminierungsfrei von den Anbietern übermittelt werden.

Gleichzeitig erleben wir die schlimmste Überwachung und Spionage seit dem kalten Krieg. Unsere persönlichen Daten sind das neue Zahlungsmittel im Netz und von Geheimdiensten sowie Werbefirmen heiss begehrt. Die grössten Sammlerinnen von persönlichen Daten verkaufen die Daten weiter und manche arbeiten direkt mit den Geheimdiensten zusammen.

Für einzelne Staaten wird es immer attraktiver, eigene Netzwerke aufzubauen, deren Infrastruktur einfacher zu be- und überwachen ist.

Unsere Forderungen:

- Ein globales Internet ohne staatliche oder unternehmerische Zensurmassnahmen
- Gesellschaftlich verordnete Netzneutralität für Fest- und Mobilnetz und diplomatische Bemühungen, diese weltweit festzuschreiben
- Transparenz aller Regierungsaktivitäten (ausser sicherheitsrelevanter Daten)
- Legalisierung aller unkommerziellen Filesharing- und Streaming-Angebote
- Internationaler Schutz für Whistleblower

Konkrete Massnahmen:

- Internetanbieter im Baselland dürfen keinen Service oder Dienst bevorzugen
- Verbot der zeitlich unbegrenzten Speicherung sowie Weitergabe von persönlichen Daten durch Unternehmen
- Verbot der verdachtsunabhängigen Speicherung von persönlichen Daten für Geheimdienste

## WIRTSCHAFT UND FINANZEN

5 Der Kanton Baselland gehört als bürgerlich dominierter Kanton zu den grössten Sündern in  
punkto Wirtschaftspolitik. Während der letzten Jahre wurden die Steuern für Reiche und  
Unternehmen schrittweise gesenkt. Diese Massnahme führte zu einem grossen Loch in der  
Kantonskasse, welchem die Bürgerlichen nun mit Ausgabensenkungen begegnen wollen.  
Dabei vernachlässigen sie, der Ideologie verfallen, alle negativen Auswirkungen: Sinkende  
Nachfrage, fehlende Investitionen in Bildung und Infrastruktur und Abbau wichtiger  
10 Sozialleistungen. Gleichzeitig kommt die sogenannte «Wirtschaftsoffensive» nicht vom  
Fleck.

Die Baselbieter Wirtschafts- und Finanzpolitik braucht eine komplette Neuausrichtung. Statt  
sich wie bis anhin mit dem Abwerben von Unternehmen aus anderen Ländern oder  
Kantonen zu beschäftigen und damit den ruinösen Steuerwettbewerb noch zu unterstützen,  
15 sollte der Fokus auf dem Aufbau einer neuen fairen Wirtschaft liegen, einer Wirtschaft,  
welche allen Menschen im Kanton und auf der Welt Wohlstand bringt. Dies kann jedoch nur  
mit starken Investitionen, höheren Löhnen und mehr Umverteilung geschehen. Denn nur  
eine gleichmässige Verteilung von Kapital führt zu langfristigem Wachstum.

20 Unsere Forderungen:

- Eine solidarische Steuerpolitik, die sich nach den Ausgaben richtet
- Verzicht auf Sparpakete
- Austritt aus dem interkantonalen Steuerwettbewerb
- Beginn einer soliden Investitionstätigkeit des Kantons zur Verbesserung der  
25 wirtschaftlichen Rahmenbedingungen
- Bereitstellung von wichtigen Dienstleistungen durch den Kanton
- Fokussierung auf neue Unternehmen statt Abwerben von anderen Standorten
- Bau von hochwertiger Infrastruktur vor allem im Bereich öffentlicher Verkehr
- Zur Verfügung stellen von geeigneten Standorten für Unternehmen aus diversen Branchen
- 30 - Angebot von günstigem Wohnraum für Arbeitskräfte muss gewährleistet werden

Konkrete Massnahmen:

- Verhindern von weiteren Steuergeschenken
- Bessere Erschliessung interessanter Areale wie Salina Raurica und Dreispitz mit dem  
35 öffentlichen Verkehr
- Mehr Investitionen in Bildung
- Auftrag an Baselbieter Regierung, sich via Finanzdirektorenkonferenz für die Abschaffung  
des Steuerwettbewerbs einzusetzen
- Einführung einer Erbschaftssteuer möglichst auf nationaler Ebene, ansonsten auf  
40 kantonalen Ebene
- Schaffung einer Bonzensteuer
- Einführung eines kantonalen Mindestlohns
- stärkere Progression bei den Kantonssteuern

45 ..

## KANTONSENTWICKLUNG

Im Kanton Baselland wird seit Jahren Bauland im grossen Stil ausgezont und es werden riesige Baulandreserven geschaffen. Auf dem Bauland werden oftmals neue Einfamilienhäuser gebaut. Durch den historisch tiefen Zins und durch die Kreditfreudigkeit der Banken wird die Spekulation auf dem Immobilienmarkt zusätzlich angetrieben. Ein weiterer Anstieg der Zinsen könnten viele Kreditnehmende finanziell nicht verkraften. Die Bevölkerung leidet zusätzlich unter den steigenden Mietzinsen, welcher ein Teil der steigenden Lebenshaltungskosten ist. Diese Entwicklung muss dringendst gestoppt werden. Es muss genügend Wohnraum für die gesamt Bevölkerung zur Verfügung stehen.

Dass die Gemeinden neuerdings an den Rändern der Gemeinden Hochhäuser bauen wollen, zeigt auf, dass diese das Konzept des verdichteten Bauens nicht verstanden haben. Der Natur und Umwelt gilt es Sorge zu tragen, sie ist der kapitalistischen Gier nach Renditen unbedingt vorzuziehen. Der Entwicklung der Zersiedelung im Baselbiet muss Einhalt geboten werden.

Neben der ETH und der Universität betreiben verschiedenste Firmen Forschung in unserer Region. Rendite und Forschung mit Versuchen an Tieren sind für die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten nicht tolerierbar. Weiter sollen Forschungsergebnisse transparent für alle gemacht werden. Dass es auch Versuche und Forschung mit Waffen gibt, zeigt die Perversion der heutigen Gesellschaft auf. Diese Entwicklung muss unverzüglich unterbunden werden.

Angesichts der globalen Erwärmung und der fortschreitenden Zerstörung der Umwelt durch rücksichtlosen kapitalistischen Raubbau muss der Umweltschutz eines der dominierenden Themen des aktuellen Jahrtausends sein. Das Ziel der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ist es, die Umwelt vor durch den Menschen verschuldeten Klimawandel und Verschmutzung zu schützen, um das Ökosystem unseres Planeten für nachfolgende Generationen zu erhalten. Der Kanton Baselland soll deshalb mit einer fortschrittlichen Gesetzgebung vorausgehen und eine Vorbildfunktion übernehmen. Dass der Kanton Baselland die Priorität zuerst bei neuen Firmenansiedlungen setzt und erst später der Umweltschutz kommt, ist nicht tragbar.

Als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten sind wir prinzipiell für die Prüfung einer Kantonsfusion. Als Partei der Jugend ist es für uns wichtig, die Grenzen an die Lebensrealität anzupassen. Ob wir schlussendlich eine neue Verfassung für einen Kanton Basel unterstützen, hängt von verschiedenen Gründen ab, da die Kantonsfusion neben den offensichtlichen Vorteilen, jedoch auch Gefahren birgt. Die Verbesserungen des Sozialstaates, welche die Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtkantons nach vielen politischen Vorstössen erreicht haben müssen beibehalten werden. Die neue Verfassung und die Gesetze sollen diesbezüglich einen Schritt nach vorne machen. Es ist klar, dass die neue Regierung und das neue Parlament wohl von einer rechten Mehrheit gestellt werden wird. Deshalb müssen wir im Verfassungsrat und notfalls mit Initiativen und Referenden, zusammen mit der SP und den Gewerkschaften für die sozialen Errungenschaften des Stadtkantons kämpfen.



## **Kantonsentwicklung**

Die beiden Basel verfolgen seit einigen Jahrzehnten eine partnerschaftliche Zusammenarbeit. Doch deren Weiterentwicklung stösst zunehmend an ihre Grenzen. Auch breit anerkannte, sinnvolle Projekte lassen sich nur mühsam realisieren, sind sie doch oft mit der Aufgabe von Selbstbestimmung und/oder finanziellen Opfern verbunden. Viele Jahrzehnte nach der letzten Abstimmung über die Wiedervereinigung scheint die Zeit reif, die Frage nach einem fusionierten Basel neu zu stellen. Die Lebenswirklichkeiten der Bevölkerung dieser Region und die globale wirtschaftliche Situation haben sich sehr stark geändert. In diesem Sinne ist die Kantonsfusion bereits im Gange. Dies gilt es nun auch auf der politischen und Verwaltungsebene zu vollziehen.

Die JUSO Baselland arbeitet jetzt schon sehr eng mit der JUSO Basel-Stadt zusammen und unterstützt die Forderung nach einer Prüfung der Kantonsfusion und einer nachfolgenden Fusion.

15 Unsere Forderungen:

- Fusion der Kantone Baselland und Basel-Stadt zu einem Kanton
- Weiterentwicklung des vereinten Basel zu einem Kanton Nordwestschweiz
- Anpassen von politischen Einheiten an die Lebensrealität

20 Konkrete Massnahmen

- Zusammenlegen der Verwaltungen von Baselland und Basel-Stadt
- Zusammenschluss des zukünftigen Kanton Basel mit dem Dorneck, Schwarzbubenland und dem Fricktal zu einem Kanton Nordwestschweiz
- Förderung von Gemeindefusionen

25

## **Raumplanung**

Inzwischen werden nicht nur in der dicht bevölkerten Agglomeration vermehrt Kulturland und Parks zugebaut, auch in den Gemeinden des Oberbaselbiets und des Laufentals verschwinden immer mehr Grünflächen.

30 Die JUSO Baselland ist der Ansicht, dass dem Boden im Kanton Baselland Sorge getragen werden muss. Kultur- und naturnahes Land darf nicht verbaut werden. Die fortschreitende Zersiedelung, welche vor allem im Oberbaselbiet sehr gut erkennbar ist, bedroht die Natur, die Naherholungsgebiete und die Landwirtschaft. Das verdichtete Bauen in den Dorfzentren muss gefördert und unterstützt werden.

35

Unsere Forderungen:

- Förderung des verdichteten Bauens durch den Kanton in den Gemeinden

Konkrete Massnahmen

- 40 - Verhinderung von Zersiedelung durch kantonale Richtpläne
- Verdichtetes Bauen in den Dorfzentren.
- Verlagerung der Entscheidungen über Neueinzonungen von den Gemeinden an ein kantonales Amt für Landnutzung und Umwelt
- Einführung einer kantonalen Mehrwertabgabe bei Umzonungen auf kommunaler Ebene.
- 45 - Vorzug der Hochbauweise bei Bürobauten, um den Platzbedarf zu minimieren
- Gemeinden mittels eines finanziellen Anreizes dazu bringen Bauland auszuzonen.
- Auszonung nicht erschlossener Bauzonen

## **Wohnraum**

Jede Person hat das Recht, in einer bezahlbaren Wohnung zu leben, was auch in Art. 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschrieben ist. Die Entwicklung in der Schweiz und im Kanton Baselland ist diesbezüglich negativ. So steigen die Mietpreise von Wohnungen besonders im Unterbaselbiet stetig an. Die Wohnfläche pro Person steigt und es werden ständig neue Eigentumswohnungen gebaut. Diese Entwicklung muss gestoppt werden.

Die JUSO Baselland setzt sich für günstigen Wohnraum für alle im Kanton ein. Insbesondere weniger Wohlhabende, Familien und junge Erwachsene sollen nicht aus dem Kanton verdrängt werden, weil sie sich keine Wohnung leisten können.

Unsere Forderungen:

- Bezahlbarer Wohnraum für alle Teile der Bevölkerung

Konkrete Massnahmen:

- Förderung von Wohnbaugenossenschaften durch einfachere Verfahren und finanzielle Unterstützung
- Ausschliessen von gemeindeeigenem Land für Wohnbaugenossenschaften
- Wert auf ausgeglichenen Wohnungsmarkt, welcher für alle Gesellschaftsschichten Wohnraum bietet, legen
- Verpflichtung von gemeinnützigen Wohnbauträgern zu kostendeckenden Mieten
- Zur Verfügung stellen von dauerhaft leeren Wohnungen oder Häusern zu Vermietung und Zwischennutzung.
- Förderung von generationenübergreifendem Wohnen

## **Forschung**

Wissen ist eine sehr wichtige Ressource. Der Kanton Baselland ist ein Hochschulstandort, welchen es zu stärken, schützen und zu vernetzen gilt. Mit der Universität, der Fachhochschule Nordwestschweiz und verschiedensten Berufsschulen verfügt der Kanton Baselland über viele attraktive Standorte. Weiter haben sich viele Firmen im Baselbiet angesiedelt, welche Forschung betreiben.

Die JUSO Baselland setzt sich dafür eine ethisch vertretbare Forschung ein und für eine Forschung welche nützlich für die ganze Bevölkerung ist.

Unsere Forderungen:

- Stärkung des Forschungsstandorts Baselland
- Förderung einer Forschung, die allen statt nur wenigen zugutekommt

Konkrete Massnahmen:

- Verpflichtung zu ethisch vertretbarer Forschung ohne Tierversuche und Forschung an Waffen oder ähnlichem
- Verpflichtung zu Transparenz – das Wissen gehört allen

## **Umwelt**

Angesichts der globalen Erwärmung und der fortschreitenden Zerstörung der Umwelt durch rücksichtslosen kapitalistischen Raubbau muss der Umweltschutz eines der dominierenden Themen des aktuellen Jahrtausends sein. Unser Ziel ist es, die Umwelt vor durch den Menschen verschuldeten Klimawandel und Verschmutzung zu schützen, um das Ökosystem unseres Planeten für nachfolgende Generationen zu erhalten.

Trotz der globalen Dimension des Problems muss die Lösung im kleinen Ansetzen. Der Kanton Baselland kann und muss hier zum Beispiel bei der Energiewende eine wichtige Rolle spielen. Wir wollen erneuerbare Energien nutzen und fördern und uns von der Abhängigkeit der atomaren und fossilen Energieträger befreien.

- 5 Es sollen aber nicht nur neue Energieformen erschlossen werden. Viel Potential steckt weiterhin in der Energieeffizienz. Neue Technologien müssen unterstützt werden und die alten Energieverbrenner endlich ersetzt werden. Unser Ziel ist die 2000 Watt-Gesellschaft. Weiter fordern wir einen CO<sub>2</sub>-neutralen Kanton. Dazu gehört mehr öffentlicher Verkehr auf der Strasse aber vor allem auf der Schiene genauso wie der Ersatz von Öl- und
- 10 Gasheizungen durch Wärmepumpen oder Fernheizanlagen. Der JUSO Baselland ist der Naturschutz für den Erhalt unserer Artenvielfalt und unseres Klimas sehr wichtig. Naherholungsgebiete müssen weiterhin erhalten und ausgebaut werden, denn sie steigern die Lebensqualität der Menschen.

15 Unsere Forderungen:

- Stärkung des Klimaschutzes
  - Förderung von Erneuerbaren Energien
  - Erhaltung und Schaffung von Naherholungsgebieten
  - Prioritäten auf Umwelt- und Klimaschutz zur Erhaltung der Lebensqualität der folgenden
- 20 Generationen

Konkrete Massnahmen:

- Ausbau der finanziellen Förderung der Produktion von erneuerbaren Energien sowohl bei Kleinkraftwerken als auch bei Grossprojekten
- 25 - Schaffung von verbesserten Rahmenbedingungen zur Schaffung und Förderung einer Alternativenergieindustrie
- Festschreiben des Ziels der 2000 Watt-Gesellschaft in die kantonale Verfassung
  - Bestückung aller geeigneten öffentlichen Gebäude mit Photovoltaikanlagen
  - Einsatz für die Schaffung eines Nationalparks im Jura

30

35

40

## GESUNDHEIT

Im internationalen Vergleich hat die Schweiz ein qualitativ hochstehendes Gesundheitssystem mit breiter Abdeckung. Dies darf jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass auch in der Region Basel die Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen unter den Spardruck der bürgerlichen Politik geraten, was sowohl schlecht ist für die Angestellten als auch für die Patienten.

### **Personal, Löhne, Ausbildung**

Diese Sparideologie ist umso unsinniger, da landesweit eine Personallücke von über 20'000 Fachkräften droht. Allein im Bereich Alters- und Pflegeheime wird ein Drittel des Personals in den nächsten zehn Jahren das Pensionsalter erreichen. Es ist deshalb umso inakzeptabler, dass wie zum Beispiel im Spital Bruderholz Stellen nicht wieder besetzt werden und die Arbeit einfach auf das übrige Personal abgewälzt wird. Im Vergleich zu ihrer Verantwortung und Belastung sind Löhne unter 4000 Franken inakzeptabel, besonders für Personen mit einer niedrigeren Ausbildung.

Zur Bekämpfung des Personalmangels müssen die Lehre als Fachangestellte/r Gesundheit und die Ausbildung an höheren Fachschulen attraktiver gestaltet werden, was bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne bedeuten muss. Die Uni Basel ist ein Zentrum des Medizinstudiums und trotzdem fehlt es in der Region an Ärzten. Bei den Numerus Clausus Prüfungen gibt es jährlich dreimal mehr Kandidierende als Studienplätze. Der NC ist deshalb ein Hauptgrund, weshalb vermehrt Ärzte aus dem nahen Ausland in die Schweiz kommen und dort fehlen.

### **Spitalplanung, Spezialisierung, Privatisierung**

Für das neue Bruderholzspital wurden während 6 Jahren rund 15 Millionen Franken in den Sand gesetzt. Wenn es um die Gesundheit der Bevölkerung geht, ist Kantönli-Geist jedoch fehl am Platz, besonders in unserer kleinen Region.

Ebenso ist es unsinnig, dass die Spitäler untereinander in einem künstlichen Wettbewerb stehen, weil jede Spitalführung eine Prestigeabteilung wie Kardiologie möchte. Viel mehr braucht es diese Spezialisierung in den Ballungszentren, eine gute Vernetzung ist dafür notwendig.

Im Zuge der Weltwirtschaftskrise wurden auch im Basellandschaftlichen Service Public die gleichen Rezepte angewandt wie in den krisengeschüttelten Ländern Europas. Im Gesundheitsbereich heisst das, dass der Kanton die Spitäler teilprivatisiert Dienstleistungen wegspart.

### **Krankenkassen**

In der Schweiz gibt es 60 verschiedene Krankenkassen, die im Wettbewerb zueinander stehen. Es wird viel Geld darin investiert, gesunde Versicherte abzuwerben. Die Prämien sind entsprechend tiefer, wenn die Krankenkasse viele «gute Risiken» eine Krankenkasse gewinnen kann. Kassen mit «schlechten Risiken» müssen höhere Prämien verlangen. Das führt erstens zu massiven Prämienunterschieden und zweitens zu insgesamt höheren Prämien, denn keine Krankenkasse hat ein Interesse daran, eine gute und koordinierte Behandlung für chronisch Kranke zu fördern. Sie würde damit «riskieren», für diese Patientengruppe attraktiv zu werden.

## **Alterspflege, Spitex**

- Die Pflege alter Menschen ist aufwendig und man braucht Zeit für den einzelnen Patienten. Dies ist aber immer weniger garantiert, da auch die Auftraggeber der Alters- und Pflegeheime und der Spitex, die Gemeinden, Einsparungen vornehmen. Jede kleinste Dienstleistung wird einzeln in Rechnung gestellt, statt über eine faire Pauschale. Die Arbeit der Spitex wird zudem noch durch private Anbieter torpediert, die mit vorgegebenen Renditebeträgen arbeiten und Millionengewinne einfahren und gleichzeitig ihre Angestellten als Scheinselbstständige sämtliche Risiken tragen lassen. Zudem wird die 24-Stunden-Betreuung begleitet von krassem Lohndumping und Verstössen gegen das Arbeitsgesetz. Die Betreuung muss als öffentlicher Dienst mit fairen Anstellungsbedingungen finanziert und organisiert werden!

### Unsere Forderungen

- Die Rücknahme sämtlicher Sparmassnahmen im Gesundheitsbereich und im restlichen Service Public
- Die konsequente Durchsetzung der Lehrlingsrechte und 2/3 des Ausgelernten-Lohns im letzten Lehrjahr
- Die Abschaffung des Numerus Clausus an der Uni Basel! Bund und Kanton sollen ausserdem dafür sorgen, dass der Hausarztberuf attraktiver wird für junge Ärzte
- Mehr Personal in Spitälern und mehr Lohn für Pflegerinnen und Pfleger
- Eine bundesweite öffentliche Krankenkasse anstelle des heutigen Systems
- Hohe gesetzliche Mindeststandarts für die private Spitex und die Bekämpfung des Lohndumpings in diesem Bereich